




Uwe Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin

 (030) 227 – 75440

 (030) 227 – 70438

 uwe.schmidt@bundestag.de

PM 16/2018

Berlin, 30.11.2018

Bund fördert mit rund 1,1 Millionen Euro ÖPNV-Projekt in Bremen

Zur heutigen Förderbescheidübergabe im Bundesverkehrsministerium für den Pilotbetrieb eines „On-demand-Angebotes“ der BSAG in Bremen erklärt Uwe Schmidt, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur:

„Die Bremer Straßenbahn AG hat für ihr Projekt eines On-Demand-Shuttlesystems heute einen Förderbescheid in Höhe von 1.147.583 Euro erhalten“, verkündet der Bundestagsabgeordnete Uwe Schmidt. Das Projekt gehört damit zu den 46 Projekten, die heute im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ihren Förderbescheid erhalten haben. Die heute vergebenen Bescheide haben ein Gesamtvolumen von rund 105 Millionen Euro.

In Gebieten mit geringer Abdeckung durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) dient die Maßnahme des „On-Demand-Shuttlesystems“ als erweiternder Service und als Zubringerdienst. „Damit werden Stadtgebiete in Bremen, die bisher weniger gut abgedeckt waren, flexibel und nachhaltig erschlossen und an das Gesamtnetz angeschlossen. Damit kann es gelingen, Personen vom eigenen Fahrzeug weg und hin zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Das Pilotprojekt ist ein Baustein, um die Mobilitätswende realisieren zu können und trägt damit zur Verbesserung der Luft in unseren Städten bei“, so Schmidt abschließend.

Die Projektförderung ist Teil des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017-2020“. Der Bund stellt für das Sofortprogramm 1 Milliarde Euro für von EU-Grenzwertüberschreitungen betroffene Kommunen bereit. Gegenstand des Sofortprogramms sind neben Maßnahmen für die Digitalisierung von Verkehrssystemen (500 Millionen Euro), auch Maßnahmen für die Elektrifizierung des urbanen Verkehrs und die Errichtung von Ladeinfrastruktur (393 Millionen Euro) sowie zur Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen (107 Millionen Euro).

PRESSEMITTEILUNG